clc 96000409 (cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 802 5	220A	128	no. 1-130 DD261.4.Z9 (1945-1957) no. 124 in oversize box 5 no. 125 in oversize box 3
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 803 7	220B	88	DD261.4.Z9 (1957) no. 176 in oversize box 5
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 804 9	221A	67	DD261.4.G4 - DD261.4.Z9 no. 2-67
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 805 0	221B	71	DD261.4.Z9 (1952-1957) no. 68-138
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 806 2	222	38	DD261.7.G7 - DD404
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 807 4	223	52	DD351 - DD491

Auszüge aus der Rede

von

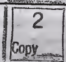
OTTO GROTEWOHL

auf der

Groß-Berliner
Funktionär-Konferenz der SPD

am Freitag, dem 1. März 1946
im Admiralspalast

*



Grotewohl

Der unsterbliche Sozialismus!

Rede des Genossen Grotewohl in „Zwickaus Neue Welt"

Einheitsbüro der KPD und SPD - Bezirk Zwickau Sachsen

687. 3.46. 10 000. 3.

OTTO GROTEWOHL

Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus



DIETZ VERLAG BERLIN



OTTO GROTEWOHL

Die deutsch-polnische Freundschaft hilft den Frieden in Europa sichern!

DER FRIEDEN



liegt in unserer Hand!

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 14. März 1951

ÜBER GESAMTDEUTSCHE BERATUNGEN ZU WAHLEN FÜR EINHEIT UND FRIEDEN

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer,
Stellungnahme der Fraktionen und Entschließungen der Volkskammer
vom 10. Oktober 1951

DIE WAHRHEIT
DEM VOLKE

Der Weg zur Einheit und zum Frieden

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
OTTO GROTEWOHL, vor der Volkskammer,
Entschließung und Aufruf der Volkskammer vom 15. September 1951

Was jeder Bürger vom neuen Kurs der Regierung wissen muß



REDE DES MINISTERPRÄSIDENTEN
Otto Grotewohl vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 29. Juli 1953.

DER WEG ZU DEUTSCHLANDS BLÜTE



Erklärung

der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor den Abgeordneten der Volkskammer am 19. November 1954

Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

OTTO GROTEWOHL

Die Deutsche Demokratische Republik reicht Westdeutschland die Bruderhand

Rede des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik am 19. Februar 1955 in Berlin

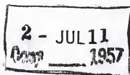
Der reale Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands



Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
am 12. August 1955

500-JAHRFEIER
DER UNIVERSITÄT GREIFSWALD

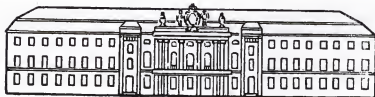
14. — 21. OKTOBER 1956



REDE DES MINISTERPRÄSIDENTEN
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

OTTO GROTEWOHL

AUF DER ERÖFFNUNGSFEIER AM 16. OKTOBER 1956



OTTO GROTEWOHL

UNSERE LEHRER ERZIEHER SOZIALISTISCHER MENSCHEN

DIE WAHRHEIT DEM VOLKE

#14

DURCH DAS VOLK
MIT DEM VOLK
FÜR DAS VOLK

REGIERUNGSERKLÄRUNG des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl

OTTO GROTEWOHL

DIE NATIONALE FRONT

eine Antwort auf die Zerreißung Deutschlands

SONDERDRUCK AUS ›EINHEIT‹ No 7

Volksabstimmung

gegen die Kriegsverträge von Bonn und Paris!

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zu den auf der Außenministerkonferenz behandelten Fragen zum Deutschlandproblem

Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, gab am 3. Februar 1954 folgende Regierungserklärung vor der Volkskammer ab:

Gegenwärtig tagt in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, die Konferenz der vier Außenminister. Wir begrüßen diese Konferenz und geben dem Wunsche Ausdruck, daß es ihr gelingen möge, die internationalen Spannungen zu vermindern und die beiden Teile Deutschlands einander näherzubringen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Aufgabe darin gesehen,

1. nach der von meinem Kollegen Ulbricht vorgetragenen Regierungserklärung vom 10. Dezember 1953 die Teilnahme beider Teile Deutschlands an der Außenministerkonferenz zu fordern und eine Verständigung der Deutschen untereinander anzuregen;
2. für eine Teilnahme von Vertretern aus Ost- und Westdeutschland an der Viererkonferenz zu wirken;
3. nachdem die Viererkonferenz dieser deutschen Mitwirkung nicht zustimmte, in einem Memorandum den deutschen Standpunkt vor der Konferenz der Außenminister darzulegen.

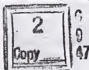
20 PFG.

Demokratische Bodenreform

Wilhelm Pieck
und
Edwin Hoernle

auf der Großkundgebung im Berliner Admiralspalast am 19. September 1945

VERLAG NEUER WEG G.M.B.H. · BERLIN



20 PFG.

Demokratische Bodenreform

Wilhelm Pieck
und
Edwin Hoernle

auf der Großkundgebung im Berliner Admiralspalast am 19. September 1945

VERLAG NEUER WEG G.M.B.H. • BERLIN

#19

Wilhelm Pieck
Otto Grotewohl

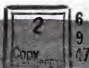
Einheit Deutschlands und Gemeindewahlen

VERLAG JHW DIETZ NACHF. BERLIN

Gelöbnis zur Einheit

GER

VERLAG NEUER WEG · BERLIN

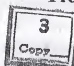


Wilhelm Pieck

Probleme der Vereinigung von KPD und SPD

VERLAG NEUER WEG · BERLIN

Preis 0.40 RM

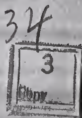


Unsere kulturpolitische Sendung

Verlag Neuer Weg · Berlin

WILHELM PIECK

Erinnerungen an den 9. November 1918







DIE GRÜNDUNG DER K.P.D.



Preis 15 Pfennig

WILHELM PIECK

Gegen die Kriegshetze!

Für Einheit und Frieden!

DIETZ VERLAG BERLIN

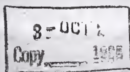
VVB Alu
VEB Hüttenwerke Kayser

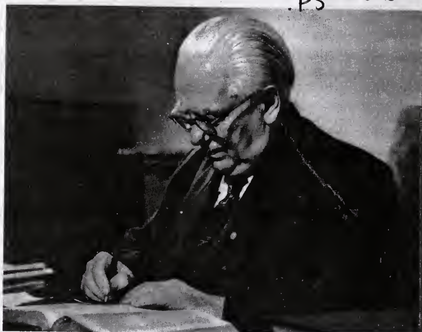
Landesleitung Abt Wirtschaft
Hähnchen 6550
Grunewald. 4261

WILHELM PIECK



Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei





EIN SOHN DES VOLKES

ZUM 75. GEBURTSTAG

des Präsidenten

der Deutschen Demokratischen Republik

Wilhelm Pieck



VOLK UND WISSEN VERLAG · BERLIN / LEIPZIG

13 012

Kampf um Frieden, Einheit und wirtschaftlichen Aufstieg

Rede des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Wilhelm Pieck,
auf dem Nationalkongreß

WILHELM PIECK

EIN LEBEN IM KAMPF FÜR DEN FRIEDEN

Zum 75. Geburtstag
des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik

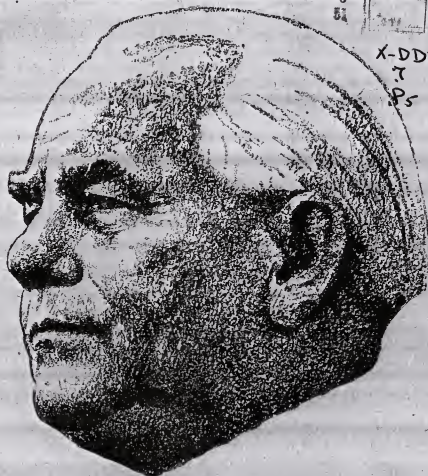


VERLAG NEUES LEBEN BERLIN

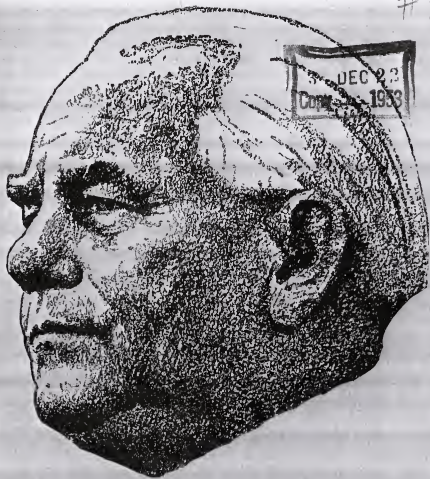
UNSER PRÄSIDENT

WILHELM PIECK

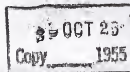

UNSER PRÄSIDENT
WILHELM PIECK



UNSER PRÄSIDENT



UNSER PRÄSIDENT





UNSER PRÄSIDENT

Gegen den Bonner Kriegsvertrag – für einen Friedensvertrag und die bewaffnete Verteidigung des Friedens

Diskussionsbeitrag des Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Wilhelm Pieck, auf der II. Parteikonferenz der SED in Berlin vom 9. bis 12. Juli 1952

Genossinnen und Genossen!

In meinem Diskussionsbeitrag möchte ich mich mit den Kriegsverträgen befassen, die Adenauer und die Außenminister der drei Westmächte in Bonn und Paris unterzeichneten, mit einigen Fragen unseres Kampfes um den Frieden und mit den neuen Aufgaben der Verteidigung unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Laßt mich ausgehen von der Lage, in der sich unser deutsches Volk mehr als sieben Jahre nach Beendigung des Hitlerkrieges befindet. Deutschland ist noch immer gespalten und hat noch keinen Friedensvertrag erhalten, obwohl sich die alliierten Mächte auf der Potsdamer Konferenz verpflichtet haben, unserem Volk einen Friedensvertrag zu geben. Das ist eine völlig unzulässige Lage, deren Beendigung unser Volk fordert.

Wir haben das gute Recht, für das ganze deutsche Volk die Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen zu verlangen. Dazu ist aber erforderlich, daß der Spaltung Deutschlands ein Ende gesetzt und Deutschland als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und unabhängiger Staat wiederhergestellt wird. Das deutsche Volk hat das Recht auf einen Friedensvertrag, nach dessen Abschluß alle Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und der Schutz der Grenzen des demokratischen deutschen Staates nationalen deutschen Streitkräften anvertraut wird.

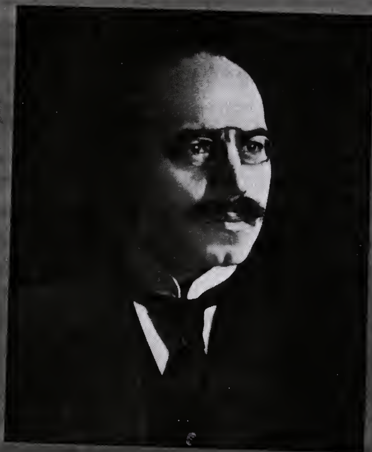
Das deutsche Volk strebt nach Frieden und hat den Wunsch, normale Beziehungen zu allen Völkern herzustellen und mit ihnen friedlich zusammenzuarbeiten. Aus diesem Grunde lehnt das deutsche Volk die Einbeziehung Deutschlands in aggressive Koalitionen und Mächtegruppierungen ab.

Wir sind der Auffassung, daß Deutschland keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft unterworfen werden darf. Es muß ihm möglich sein, ungehindert am Welthandel teilzunehmen und gleichberechtigt mit anderen Staaten seine Waren auf den Weltmarkt zu bringen. Auch in jeder anderen Hinsicht muß das demokratische und friedliebende Deutschland volle Gleichberechtigung mit anderen Staaten erhalten. Insbesondere muß es das Recht haben, an der friedlichen Regelung der Fragen der europäischen und der internationalen Politik teilzunehmen. Geradezu eine Selbstverständlichkeit ist es, daß ein solches Deutschland

WILHELM PIECK



Wilhelm Pieck



Karl Liebknecht, ein wahrer deutscher Patriot

Friedrich der Große

und Du

Der König als Kriegsberichter

Von Volkhard August Scherl

„Man darf nur die Tat reden lassen!" waren die stolzen Worte, mit denen Friedrich der Große seinen Heeresbericht von der Schlacht bei Leuthen schloß. Sie bildeten gleichsam das Leitmotiv seines einmaligen, soldatischen Lebens. Schon bei seinem Regierungsantritt sah er sich der gesamten Pressemacht des Reiches gegenüber, wie sie sich gefährlicher kaum gedacht werden konnte. Von Anfang an war es sein Streben, einer Politik voller Intrigen eine solche der Wahrheit und Gerechtigkeit entgegenzusetzen; so mußte er also auch der politischen Propaganda des Wiener Hofes mit einer wirkungsvollen preußischen begegnen. Den geeigneten Mann dazu fand er in Ambrosius Haude, der seinerzeit unter dem Soldatenkönig den „Potsdammischen Mercurius" gegründet hatte, jedoch ohne Erfolg. Er war in Ungnade gefallen, weil er den jungen Fritz mit verbotener philosophischer Literatur beliefert hatte. Nun konnte Friedrich die Schuld des Vaters wiedergutmachen. Er gab Haude den Befehl, in Berlin eine Zeitung zu gründen, die in deutscher Sprache weiteste Kreise der Bevölkerung erfassen sollte, da die meisten Zeitungen damals in Französisch erschienen. Schon am 30. Juni 1740 konnte der Berliner die erste Nummer der „Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen" lesen. Den älteren, französischen Zeitungen hat der König jedoch nicht weniger Bedeutung beigemessen, sie sollten vor allem auf das Ausland wirken und die sogenannte „Hautevolée". In den ersten Jahren seiner Regierung hielt er es für unwürdig, eine Zeitung zu zensieren: „Gazetten, wenn sie interessant sein sollen, dürfen nicht genieret werden!" Selbstverständlich ließ sich diese Art nicht lange durchführen; denn ein damaliger Journalist hatte gar nicht den politischen Überblick, der nötig war, um viele Situationen beurteilen zu können.

Bereits im ersten Regierungsjahr wurde Friedrich vor die ganze Härte des Lebens gestellt und mußte sich behaupten. Während seiner Abwesenheit von Berlin führten die Minister Graf Heinrich von Podewils und Caspar Wilhelm von Borcke die Regierungsgeschäfte weiter. An diese sandte der König von den Feldzügen und aus den Schlachten einzelne Berichte, „Relationen" genannt. Ursprünglich sollten es lediglich nüchterne Tatsachenberichte werden, die dann später zur Unterrichtung der Bevölkerung in entsprechender Form in den Zeitungen erscheinen sollten. Podewils aber, der für eine Politik schnellster Verständigung war, da er Preußens Stärke unterschätzte, brachte solche Mitteilungen — wenn überhaupt — in denkbar vorsichtiger Weise in die Öffentlichkeit. Die Folge davon war ein völliges Versagen der preußischen Kriegsnachrichtenpolitik und Kriegspropaganda in der gleichzeitig laufenden europäischen Presseschlacht. Dies erkennend und aus der inneren Überzeugung heraus, daß der Kampf auf allen, auch den geistigen Schlachtfeldern siegreich durchgeführt werden mußte, griff der König schließlich selber zur Feder, die bald wegen ihrer Schärfe und Beweiskraft in ganz Europa gefürchtet war. Als königlicher Journalist wurde er zu dem eigentlichen Hauptschriftleiter der preußischen Presse und auf diese Weise selber zum propagandistischen Vorkämpfer seiner Sache. Er schrieb selber die Geschichte seiner Feldzüge und damit das Heldenlied seiner siegreichen und tapferen Soldaten. Mit schärfstem Spott bekämpfte er die feindliche Lügenpropaganda und gab für jeden einzelnen Fall seine Anweisungen an die Kabinettsminister.

Gleichzeitig mußte er beinahe sein ganzes Leben eine ständige politische Propaganda in England treiben, die während des Siebenjährigen Krieges mit einer ganz besonderen Stärke geführt wurde, weil er die Unsicherheit britischer Politik frühzeitig erkannt hatte. Erklärte doch am Ende des Ersten Schlesischen Krieges der englische Politiker Lord Hyndford, daß es „stets der Zweck britischer Staatskunst sein muß, das Haus Brandenburg zu erniedrigen". Ebenso unverblümt äußerte sich der König über diese echt englische Politik in einem Schreiben an Podewils: „Die Engländer sehen ganz Europa für eine Staatengemeinschaft an, die nur dazu vorhanden ist, ihnen zu dienen. Sie gehen niemals auf die Interessen anderer ein und kennen kein anderes Überredungsmittel, als ihr Geld!" Sein Hauptaugenmerk richtete Friedrich II. aber auf eine wirksame Kriegsnachrichtenpolitik. Planmäßig lenkte er seine Presse und verfaßte von fast allen Schlachten die „Relationen" selber, sogar auch solchen, an denen er selber nicht teilgenommen hatte. Meistens wurden sie als „Schreiben bzw. Brief eines vornehmen preußischen Officiers der königlichen Armee" in den Zeitungen abgedruckt. Zuweilen noch mit dem Zusatz der Regimentsbezeichnung. — Bald wurde der Drang der Zeitungsschreiber, Neuigkeiten auszuplaudern, gezügelt, von denen der König wünschte, daß sie lieber nicht bekannt wurden. Im Herbst 1740, schon vor Beginn der eigentlichen Feldzüge, verbot er jede Mitteilung militärischen und politischen Charakters, die nicht vom Kabinett ausgegeben war. Da sich die Truppenverschiebungen seit Anfang Dezember nicht mehr geheimhalten ließen, berichtete man über die Märsche nur kurz und begründete „diverse Kriegsanstalten mit den Erfordernissen der jetzigen Staatsbeschaffenheit". Zur Ablenkung wurde die Bevölkerung mit dem gesellschaftlichen Hofklatsch gefüttert. Bälle und offizielle Empfänge standen auf den ersten Seiten aller Journale. — Im November sagte der König zu dem Minister Podewils: „Ich habe den Berliner Regimentern eine falsche, auf Halberstadt lautende Marschorder zugehen lassen. Ich hoffe, das wird die Kannegießer täuschen und sie auf falsche Fährte bringen. Wir müssen alle Mittel anwenden, um die Leute ungewiß und in ihren sämtlichen Vermutungen haltlos zu machen. Ich hoffe, daß mein Mittel wesentlich dazu beitragen wird." Prompt konnte man dann auch diese Tatsache in der Zeitung lesen. — Schon im Ersten Schlesischen Krieg arbeitete Wien mit allen Mitteln; Friedrich wurde als Katholikenhasser hingestellt, und die Greuelpropaganda begann sich im Schlesischen ständig auszudehnen. Er begegnete dem Übel an der Wurzel. Nach seinen Erfolgen im Winter 1740/42 ließ er in Breslau durch seinen Parteigänger Johann Jacob Korn eine eigene Zeitung herausgeben